

**DRINGLICHKEITSANTRAG**

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und KO Mag. Markus Sint

betreffend:

**Tirol sozialer machen: Strompreis einfrieren und auf bereits angekündigte  
Erhöhungen verzichten!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

**DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, an TIWAG und IKB heranzutreten und sich für das Einfrieren der aktuellen Strompreise in Tirol einzusetzen. Die massive Teuerung bei den Energiepreisen trifft die Menschen in Tirol hart. Mit einem Einfrieren der Strompreise soll ein Teil dieser Teuerung für alle Stromkonsumenten in Tirol abgedeckt werden.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales** sowie dem **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Technologie** zugewiesen werden.

## BEGRÜNDUNG:

Außergewöhnliche Zeiten verlangen nach außergewöhnlichen Maßnahmen, daher braucht es gerade jetzt einen besonderen Akt der Solidarität von den Unternehmen im Eigentum der öffentlichen Hand. Die Strom- und Energiepreise treiben die Inflation weiter an. Drohende Engpässe und Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben die Energiepreise in die Höhe schnellen lassen. Die Preiserhöhungen werden von den Unternehmen an die Kunden weitergegeben bzw. wird das in den kommenden Wochen und Monaten über weiterhin steigende Preise passieren. Auch die Arbeiterkammer Tirol stellt in ihrem Diskussionspapier „Stopp der Teuerungswelle“ fest, dass:

*„Die meisten Haushalte sind bereits jetzt mit höheren Kosten konfrontiert oder müssen damit rechnen, spätestens Mitte des Jahres 2022, wenn auch die Tiwag ihre Preise wie angekündigt anheben wird, für Energie noch mehr Geld ausgeben zu müssen.“*

Daher stellt die Arbeiterkammer Tirol in diesem Diskussionspapier fest:

*„Durch Einfrieren der aktuellen Energiepreise und Rücknahme bereits angekündigter oder erfolgter Erhöhungen bei Energieanbietern, welche im Eigentum der öffentlichen Hand stehen, könnten das Land Tirol und die betroffenen Gemeinden als Eigentümer der Energieversorger doppelt punkten. Einerseits würde die Teuerung in diesem für die Bürger:innen so wichtigen Bereich hintangehalten werden, und andererseits könnte das Image der öffentlichen Energieanbieter gerade in Zeiten, in denen ein Wechsel der Energieanbieter sehr einfach möglich ist, deutlich aufge bessert werden. Gerade jene Energieversorgungsunternehmen, die selbst Strom aus rohstoffunabhängigen Quellen produzieren, was in Tirol über Wasserkraft vorwiegend der Fall ist, profitieren durch deutlich höhere Verkaufspreise bei annähernd konstanten Herstellungskosten von den derzeit hohen Stromgroßhandelspreisen.“*

Konkret sollen die Mitte des Jahres geplanten Preiserhöhungen beim Strom durch die TIWAG und mögliche Strompreiserhöhungen durch die IKB auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Beim Strom haben wir mit den Landesunternehmen bzw. den Unternehmen im Eigentum der Städte selbst das Heft des Handelns in der Hand, den notwendigen Gestaltungsspielraum und hier können und müssen wir eingreifen. Die geplanten Preiserhöhungen sind für die jeweiligen Unternehmen nicht überlebenswichtig, für viele betroffene Tirolerinnen und Tiroler dagegen schon. Die Tiroler Kunden und die Tiroler Steuerzahler haben diese Unternehmen wirtschaftlich stark gemacht, jetzt ist die Zeit gekommen, ihnen dafür etwas zurückzugeben.

Neben der Aussetzung für die geplanten Strompreiserhöhungen wäre es wünschenswert, wenn sich die Tiroler Landesregierung mit weiteren Entlastungsmöglichkeiten für die Tiroler Bevölkerung beschäftigt. Vor allem das Aussetzen der Valorisierung bei öffentlichen Gebühren wie Müll, Wasser, Kanal und weiteren Gebühren ist zu prüfen. Unter Rücksichtnahme darauf, welche Gemeinden sich die Valorisierung leisten können, sollte die Landesregierung weitere Entlastungsmaßnahmen andenken.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich daraus, dass die Belastungen durch die massive Teuerung in den vergangenen Tagen und Wochen extrem zugenommen haben – vor allem in den Bereichen Energie und Wohnen.

Innsbruck, am 10. März 2022